

Beschluss



Die Situation in den Krankenhäusern ist katastrophal – wir müssen aktiv werden für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung!

Kapitalismus tötet und das nicht nur in Kriegen. Nach Angaben der deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene sterben jährlich in der BRD 30.000 bis 40.000 Menschen an Infektionen, die sie erst in Krankenhäusern bekommen haben. Die meisten davon wären vermeidbar, wenn entsprechende Hygienemaßnahmen eingehalten werden könnten, wofür aber oftmals das Personal fehlt. Zu späte Versorgung, das Nicht-Bemerken von Komplikationen, Wundliegen oder Lungenentzündungen durch mangelndes Personal sind weitere Auswirkungen, die das Leben kosten können. In dem überdurchschnittlich heißen Jahr 2018 sind in der BRD mehr als 8.000 alte Menschen mehr gestorben als normal. Die Todesursache war angegeben mit Herzschwäche oder ähnlichem. Real sind die meisten von ihnen gestorben, weil sie nicht ausreichend mit Flüssigkeit versorgt wurden. Auf Intensivstationen können beatmete Patienten oft genug nicht rechtzeitig und regelmäßig abgesaugt werden, weil es an Personal mangelt. Patienten äußern, dass sich das wie Waterboarding anfühlt. In den psychiatrischen Kliniken werden Menschen mit Zwangsmaßnahmen oder Medikamenten ruhiggestellt, weil das Personal für Kriseninterventionen fehlt.

Das sind nur einige Schlaglichter, wie es aktuell um die Versorgung in den Krankenhäusern bestellt ist. Die Situation in der stationären und ambulanten Altenpflege ist teilweise noch dramatischer. Allein in den Krankenhäusern fehlen mindestens 143.000 Pflegekräfte und auch in allen anderen Berufsgruppen herrscht Personalmangel. Das führt zu schlechter Versorgung, unnötigen Schmerzen und vermeidbaren Wiederaufnahmen in Krankenhäusern. Das kostet Menschenleben.

Mit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR haben sich die Kräfteverhältnisse in der BRD massiv zugunsten des Kapitals verschoben. Das Kapital hat diese Situation genutzt, um in massiver Weise die Ausbeutung auszuweiten und das Lebensniveau der arbeitenden Klasse herab zu drücken. Dazu gehören auch die Angriffe und Verschlechterungen im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Unter kapitalistischen Verhältnissen ist die Gesundheitsversorgung hauptsächlich darauf ausgerichtet, die Ware Arbeitskraft wiederherzustellen und Profit zu erwirtschaften. Sie ist ein Reparaturbetrieb und richtet sich nicht vorrangig nach menschlichen Bedürfnissen. Das Kapital hat das Interesse, die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, also die Löhne, möglichst gering zu halten.

Dazu zählen auch die Kosten für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten und Pflegepersonal in der BRD. Dem wirkt das Abwerben von fertig ausgebildetem Personal aus dem Ausland entgegen. Menschen, die davon leben ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wollen bzw. müssen dorthin gehen können, wo sie diese auch verkaufen können bzw. wo sie den höchsten Lohn erzielen können. Hier wird im Kapitalinteresse Rosinenpickerei betrieben. Es findet eine gesteuerte und kontrollierte Migration nach Kriterien der Nützlichkeit für die (Krankenhaus-) Konzerne statt, während anderen Ländern notwendiges Personal für die eigene Entwicklung entzogen wird. Dies schafft in der BRD eine Gruppe von Beschäftigten, die unter anderem durch die Kopplung ihrer Aufenthaltserlaubnis an die Beschäftigung erpressbar sind und stärker ausgebeutet werden können.

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung verringern die durchschnittliche Profitrate des Kapitals und somit die Profite aller Kapitale. Zugleich muss die Gesundheitsversorgung aber auch so bemessen sein, dass die Arbeitsleistung nicht leidet, so dass es notwendig ist, ein bestimmtes Niveau der Versorgung, zumindest für Teile der Arbeiterklasse zu halten. In einem Grundsatzpapier von 1994 fordert der BDA bereits die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten einer privaten Versicherung und der so genannten Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen. In einem Papier des BDA von 2001 wird auf dem Weg dorthin die Konzentration auf einige Kernleistungen gefordert. Wie gut oder schlecht unsere Gesundheitsversorgung unter diesen Verhältnissen ist, ist davon abhängig, was dem Kapital abgetrotzt werden kann.

Für Einzelkapitale stellt der Gesundheitsbereich auf der anderen Seite eine Quelle von teilweise überdurchschnittlichen Profiten dar. Das Akkumulationsbedürfnis des Kapitals treibt es dazu, immer neue Gebiete für die Kapitalverwertung zu erschließen. Hierzu gehören auch Bereiche, die bisher der öffentlichen Daseinsvorsorge vorbehalten waren, wie öffentliche Infrastruktur oder das Gesundheitswesen. Hohe Renditen sind für Einzelkapitale besonders im Bereich der pharmazeutischen Industrie, der Herstellung von medizinischen Geräten und Versorgungsmaterialien, der Krankenhauskonzerne und der stationären Altenpflege zu erzielen. Während der Bereich der pharmazeutischen Industrie in der BRD immer in privater Hand lag, mussten im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeheime erst die politischen und gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um hier Profite erzielen zu können. Diese Aufgabe übernahm der Staat 1985 mit der Aufhebung des Verbots der Gewinnerwirtschaftung und der Einführung der Fallpauschalen 2002. In diesem Prozess ist die Gesundheitsversorgung zu einer Ware geworden.

Die Einführung der Fallpauschalen als Finanzierungssystem für die Krankenhäuser hat zu einer massiven Verschlechterung der Gesundheitsversorgung geführt. Unabhängig von der Verweildauer der Patienten und der tatsächlichen Versorgung erhalten die Krankenhausbetreiber eine Pauschale. Je weniger Personal sie einsetzen, desto höher sind ihre Gewinne.

Innerhalb von fünf Jahren, von 2002 bis 2007, wurden in den Krankenhäusern 33.000 Stellen abgebaut. Die Verweildauer verkürzte sich von 14 auf gut sieben Tage. „Blutige“ Entlassungen von noch kranken Patientinnen und Patienten sind die Folge, genauso wie Entlassungen ohne Absicherung der Nachsorge und Betreuung. Operationen und Untersuchungen werden angesetzt, obwohl sie medizinisch nicht notwendig sind, aber eine hohe Fallpauschale bieten. Ärztinnen und Ärzte werden durch die Krankenhausträger dazu gezwungen, ihre Entscheidungen nicht mehr vorrangig nach medizinischen, sondern nach ökonomischen Gesichtspunkten zu fällen. Die Fallpauschalen haben außerdem einen enormen Privatisierungsschub ausgelöst, mittlerweile sind von ca. 1.800

Krankenhäusern mindestens 750 in Hand von privaten Betreibern. In der Hand der Privaten werden die Kliniken auf die Fachgebiete ausgerichtet und spezialisiert, die besonders hohe Fallpauschalen liefern, weniger lukrative Bereiche und Kliniken werden geschlossen. Es findet ein politisch gewollter Konzentrationsprozess statt, der unter dem Kostendruck auch zur Schließung öffentlicher und freigemeinnütziger Häuser führt.

Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten ist es, über die Profiteure im Gesundheitswesen aufzuklären und sie beim Namen zu nennen. Unsere Zielsetzung muss es sein, die Gesundheitsversorgung wieder der Kapitalverwertung zu entziehen. Hierzu ist die Abschaffung der Fallpauschalen, ein Verbot der Gewinnerwirtschaftung im Bereich der Gesundheitsversorgung und die Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips ein erster Schritt.

Krankenhäuser müssen unter demokratischer Kontrolle in öffentliches Eigentum überführt werden. Für eine menschenwürdige, an unseren Bedürfnissen ausgerichtete Gesundheitsversorgung brauchen wir außerdem eine gesetzlich verbindliche Personalbemessung für alle Bereiche des Gesundheitswesens.

Die vergangenen Kämpfe haben gezeigt, dass allein mit Petitionen und Lobbyarbeit die Forderungen nicht durchzusetzen sind, sondern dass es hierfür betrieblicher und tariflicher Kämpfe und dauerhafter, starker Gewerkschaftsstrukturen bedarf. In Ergänzung und als Unterstützung dieser Kämpfe entfalten Massendemonstrationen ihre Wirksamkeit.

Unsere Aufgabe ist es, die Gewerkschaften als Kampforganisation der Interessensvertretung der Arbeiterklasse zu stärken und innerhalb der Gewerkschaften dafür zu sorgen, dass die Verteidigungskämpfe gegen die Angriffe des Kapitals auf unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse konsequent geführt werden. Hierzu gehört auch der Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung. In den Kämpfen müssen wir den Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit verdeutlichen und auf die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Arbeiterklasse orientieren (z. B. Vertrauensleute und Betriebsgruppen). Bildungsarbeit zum Gesundheitswesen, zu den Wirkungen der Fallpauschale, zu den Interessenslagen von Krankenkassen, Krankenhausbetreibern, Pharmazie- und Geräteindustrie oder staatlichen Stellen, spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Charité haben das riesige Verdienst, für den Bereich der Krankenhäuser das Mittel des Bettenstreiks entwickelt zu haben, der es ermöglichte beim Streik in den Krankenhäusern auch ökonomisch Druck aufzubauen. Damit haben die Streikenden der Charité den Krankenhausbeschäftigten das zentrale Kampfmittel in die Hände gegeben. Als erstes Krankenhaus erstreikten sie einen Tarifvertrag, der eine verbindliche Personalbemessung vorsieht. Weitere wichtige Erfahrungen aus diesen Kämpfen waren die Einführung eines Systems von Tarifberaterinnen und -beratern und die wirksame Unterstützung durch ein Bündnis. Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurden in den folgenden Jahren zahlreiche tarifliche und betriebliche Kämpfe für eine verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern geführt. Die Streiks an den Unikliniken in Düsseldorf und Essen haben gezeigt, dass selbst harte Erzwingungsstreiks geführt werden können, wenn die Kolleginnen und Kollegen selbst Subjekt der Auseinandersetzung sind.

Im Gesundheitswesen sind es die Krankenhäuser, in deren Betrieben vor Ort die höchste Anzahl von Beschäftigten konzentriert ist. Mit 35 Prozent stellen sie die größte Beschäftigtengruppe im Gesundheitswesen dar. Außerdem liegt hier die größte Möglichkeit, auch ökonomischen Druck aufzubauen. Darum muss der Schwerpunkt der Kämpfe in den Krankenhäusern liegen. Zielsetzung muss jedoch eine Verbesserung für alle Bereiche der Gesundheitsversorgung sein. Der Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung liegt nicht nur im Interesse der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Er liegt im Interesse aller lohnabhängig Beschäftigten.

So wurde die Losung der Krankenhausbeschäftigten „Mehr von uns ist besser für alle!“ überall in der Solidaritätsbewegung aufgenommen. Neben der Gründung und Weiterentwicklung von Bündnissen ist es notwendig, branchenübergreifend in den DGB-Gewerkschaften Solidarität mit den Kämpfen in den Krankenhäusern zu entwickeln. Hier sind besonders die Großbetriebe wichtig, um eine Perspektive für gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.

Die Aufgaben der Bündnisse sind aus unserer Sicht: Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der betrieblichen Kämpfe, Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb, Unterstützung von Bildungsarbeit in den Streiks und die Organisierung von solidarischen Nachbarschaften um die Krankenhäuser herum. Viele der Aktiven haben sich erstmalig organisiert und besitzen wenig politische Erfahrungen. Darum ist es auch von großer Bedeutung, Kampferfahrungen aus der Arbeiterbewegung weiter zu geben und gemeinsam neue Kampferfahrungen zu sammeln.

Eine weitere wichtige Aufgabe für uns als Kommunistinnen und Kommunisten in den Bündnissen liegt darin, deutlich zu machen, dass eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung erst unter sozialistischen Verhältnissen organisiert werden kann. Die praktischen Beispiele der DDR und Kubas geben uns hier vielfältige Möglichkeiten, dies zu veranschaulichen, wie zum Beispiel das flächendeckende Netz von Polikliniken in der DDR, die in allen Regionen des Landes eine umfassende Gesundheitsversorgung ermöglichten.

Wir stehen für einen Systemwechsel im Gesundheitssystem und gesamtgesellschaftlich. Eine umfangreiche Gesundheitspolitik, die nicht den Profitinteressen des Kapitals unterworfen ist, wird erst im Sozialismus möglich sein. Im Sozialismus ist die Gesundheit der Menschen keine Ware. Das Wohl der Menschen, sowohl der Patientinnen und Patienten als auch der Beschäftigten in der Gesundheitsbranche wird im Mittelpunkt stehen.